

Finanzplatz Schweiz: Lobbying ins Abseits

Die Pandora-Papers zeigen einmal mehr, wie wichtig und dringend die Forderungen der SP für einen sauberen Finanzplatz sind. Die jüngsten Veröffentlichungen entlarven gleich zweierlei: Die Schweiz ist bei Weitem keine Musterschülerin im Bereich der Geldwäschereibekämpfung. Im Gegenteil: Sie spielt bei den Veröffentlichungen eine wichtige Rolle. Zwar gibt es mittlerweile strengere Vorschriften im Bankenbereich, aber die bürgerliche Mehrheit im Parlament hat sich noch letzten Frühling erfolgreich dagegen gewehrt, diese Regelungen auch für AnwältInnen und BeraterInnen einzuführen. Doch

genau diese Lücke ist es, welche die von den Pandora-Papers aufgedeckten Mechanismen zur Steuerhinterziehung und Geldwäscherei ermöglicht. Die SP unternimmt nun einen neuen Anlauf, diese Lücke raschmöglichst zu schliessen. Es ist aber auch ein Parade-beispiel, wie Finanzlobbyismus funktioniert: Man behauptet einfach, die ungewollte

Regulierung sei völlig unnötig, die bestehenden Regulierungen würden vollkommen ausreichen. Die rechte Parlamentsmehrheit übernahm diese Argumentation der Lobby der WirtschaftsanzwältInnen und TreuhänderInnen beim Geldwäschereigesetz unhinterfragt. Man will offenbar den Finanzplatz um keinen Preis sauberer machen – es könnte ja irgendwo ein Profit in der Schweiz verloren gehen. Dass es sich dabei um ungerechtfertigte

Gewinne handeln könnte oder um Erträge, die anderen Staaten verloren gehen, wird ausgeblendet.

Mit Lobbyismus gegen einen sauberen Finanzplatz haben wir es aktuell auch im Zusammenhang mit der OECD-Steuerreform zu tun. Diese will einerseits, dass immerhin

ein Teil der Umsätze in den Absatzländern versteuert wird und nicht mehr einzig am Hauptsitz. Denn diesen siedeln Konzerne oft bewusst in Tiefsteuerländern an. Der zweite Teil der Reform beinhaltet die Einführung eines globalen Mindeststeuersatzes für sehr grosse Unternehmen. Kürzlich hat sich die OECD auf eine Mindeststeuer von 15 Prozent geeinigt. Das ist ein wichtiger Schritt, um den exzessiven Steuerwettbewerb einzudämmen. Die Schweiz wäre von dieser Reform betroffen: Viele Kantone haben einen tieferen Firmensteuersatz. Und nun geht das Lobbying schon wieder los: Wirtschaftsverbände haben in einem geheimen Schreiben an den Bund Vorschläge gemacht, wie mit Subventionen die durch die OECD-Reform möglicherweise erhöhten Unternehmenssteuern kompensiert werden sollen. Gemäss Medienberichten wurden dabei auch so brisante Forderungen wie staatliche Subventionen für hohe Löhne aufgeworfen. Da will offenbar eine mächtige Lobby die geplante internationale Mindeststeuer austricksen. Während internationale Schritte in Richtung mehr Steuergerechtigkeit gemacht werden, versuchen die rechten Parteien in der Schweiz immer noch mit aller Kraft zu verhindern, dass der Finanzplatz Schweiz sauberer und gerechter wird. Statt eine Musterschülerin zu sein, droht die Schweiz damit als Steueroase vollends ins Abseits zu geraten.